



DR. FRANZ LÖSCHNAK  
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II- 9810 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Zl. 50 115/342-IT/3/00

Wien, am 23. Jänner 1990

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Rudolf PÖDER

Parlament  
1017 W i e n

4563 IAB  
1990 -01-25  
zu 4774 IJ

Die Abgeordneten Kraft, Freund und Kollegen haben am 15. Dezember 1989 unter der Nr. 4774/J eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend die Zollwacheabteilung Engelhartszell an mich gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

"Sind die Befürchtungen der Marktgemeinde Engelhartszell betreffend Einschränkung bzw. Auflösung der Zollwacheabteilung berechtigt?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:  
Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß die Errichtung oder Auflösung einer Zollwacheabteilung nicht in die Zuständigkeit des Bundesministers für Inneres fällt.

Nach meiner Auffassung hat der Bestand einer Zollwacheabteilung keinen unmittelbaren Zusammenhang

- 2 -

mit der Überwachung von Grenzübergängen. So ist im Falle der Auflösung der Zollwacheabteilung Engelhartszell die notwendige Überwachung der Grenzübergänge Jochenstein und Dantelbach nach Auskunft des Bundesministeriums für Finanzen im Zuge des Streifendienstes sichergestellt. Die Auflösung der Zollwacheabteilung Engelhartszell hätte daher keine Auswirkungen auf den Bestand und den Umfang der Benützung der Grenzübergänge Jochenstein und Dantelbach.

Es ist in diesem Zusammenhang hervorzuheben, daß der zuletzt erheblich stärker frequentierte Grenzübergang Dantelbach seit jeher im Zuge des Streifendienstes überwacht wurde.

Daraus ergibt sich, daß eine solche Maßnahme die positive Entwicklung des Fremdenverkehrs in diesem Gebiet in keiner Weise beeinträchtigen wird.

Die Möglichkeit einer Verlängerung der Öffnungszeiten des Grenzüberganges Jochenstein wird auch

- 3 -

seitens des Bundesministeriums für Finanzen nicht ausgeschlossen, wenn dessen Überwachung künftig im Zuge des Streifendienstes erfolgt.

Auf die übrigen vorgebrachten Bedenken kann ich nicht eingehen, weil diese ausschließlich die Zuständigkeit des Herrn Bundesministers für Finanzen betreffen.

Dr. J. J.